

Parteien

Verfestigtes Gebilde

Der sächsische CDU-Vorständler Matthias Röbner, 38, über innerparteiliche Demokratie

SPIEGEL: Sie haben den sächsischen CDU-„Gesprächskreis 2000“ mitbegründet, der neben programmatischen Thesen auch alle Dokumente der internen Diskussion in der Partei veröffentlichten will – heftige Kritik aus der von Kurt Biedenkopf geführten Parteispitze inklusive. Was soll das bringen?

Röbner: Wir wollen einen Blick hinter die Kulissen der Politik ermöglichen. Biedenkopf hat in seiner Zeit als CDU-Generalsekretär Diskussionen stets gefördert und kennt das Los von Querdenkern aus eigener Erfahrung. Deshalb wird er sich die Inno-



Röbner

ventionskraft unserer Gruppe zunutze machen.

SPIEGEL: Biedenkopf hat doch selbst schon eine Debatte über politische Grundwerte losgetreten. Wozu ein Konkurrenzunternehmen?

Röbner: Wer ein verfestigtes Gebilde wie die CDU von innen heraus erneuern will, muß viele Kräfte in der Partei mobilisieren. Deshalb sind wir keine Konkurrenz, sondern eine sinnvolle Ergänzung. Wir machen in Dresden dasselbe wie Biedenkopf in Bonn.

SPIEGEL: Was empfehlen Sie Ihrer Partei, um die verkrusteten Strukturen aufzubrechen?

Röbner: Wir brauchen zum Beispiel die Urwahl auf allen Ebenen, eine breite Öffnung für engagierte Bürger ohne Parteibuch, die Begrenzung von Amtszeiten auf drei Wahlperioden und die Offenlegung aller Einkünfte von Mandatsträgern. Wer zur Sicherung des Standortes Deutschland Besitzstände abbauen und Strukturen aufbrechen will, muß bei sich selbst anfangen.

Frauen

Unten in der Hierarchie

Frauen haben an deutschen Hochschulen trotz zahlreicher Förderprogramme nach wie vor schlechte Karrierechancen. Nach einer neuen Untersuchung, veröffentlicht vom Deutschen Hochschulverband, ist der Anteil weiblicher Mitarbeiter seit Jahren nahezu unverändert. Zwar sind heute 40 Prozent aller Studierenden Frauen, beim wissenschaftlichen Personal – ohne Professoren – beträgt

ihr Anteil jedoch nur rund 20 Prozent. Unter den Professoren kommt nur noch eine Frau auf 20 Männer – zumeist auf unteren Stufen der Hierarchie: Von den höchstbezahlten C4-Professuren sind nur rund 2,5 Prozent mit Frauen besetzt.

Feiertage

Unbezahlter Urlaub

Der Politstreit um die Finanzierung der Pflegeversicherung wird immer grotesker. Zwar hat das Bundeskabinett

die Wiedereinführung von Karenztagen bei Krankheit beschlossen, doch bevorzugen statt dessen immer mehr Koalitionspolitiker eine Streichung von Feiertagen. Die wohl kurioseste Forderung kommt jetzt aus den Reihen der CSU: Die rund 23 Millionen Personen, die keiner der beiden großen christlichen Konfessionen angehören, sollen danach die Altenpflege allein finanzieren. Wer keine Kirchensteuer zahle, so die Begründung, dürfe auch keinen Anspruch auf bezahlte kirchliche Feiertage haben. Die blauen Tage müßten als unbezahlter Urlaub angerechnet werden.

Christdemokraten

Doppelkopf in der Krise

In Gesprächen mit CDU-Chef Helmut Kohl wollen die zerstrittenen rheinland-pfälzischen Christdemokraten ihre Führungskrise überwinden. Noch vor der Sommerpause sind separate Treffen mit dem Fraktionsvorsitzenden Hans-Otto Wilhelm, 53,

und dem CDU-Landeschef Werner Langen, 43, geplant. Das Mainzer Unions-Tandem ist sich seit der verheerenden Landtagswahl-niederlage 1991 nur in einem Punkt einig: Die von Kohl damals verordnete Doppelkopflösung soll beendet werden. In der Union wird nicht ausgeschlossen, daß Wilhelm, der das Amt des Landesvorsitzenden vor eineinhalb Jahren an Langen abgab, ein Comeback als Spitzenkandidat für die Landtagswahl anstrebt. Trotz einflußreicher interner Gegner, darunter der ehemalige CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, gilt Wilhelm in der Partei noch immer als mehrheitsfähig.

Entlassungen

Teurer Vergleich

Thüringens Kultusminister Dieter Althaus (CDU) gerät wegen eines Rechtsstreits mit rund 800 gekündigten Lehrern weiter unter Druck. Nach Schätzungen des DGB,



Althaus

der viele der Entlassenen vertritt, wird das Land mindestens 60 Millionen Mark beim gerichtlichen Streit mit den angeblich politisch belasteten Lehrern verlieren. Arbeitsgerichte entscheiden immer öfter zugunsten der Gekündigten, weil das Althaus-Ministerium sich in vielen Fällen nicht an einfachste Vorschriften, etwa die Anhörung der Personalräte, gehalten hat. Jetzt stimmte der Minister einem teuren Vergleich zu. Danach soll jeder gekündigte Lehrer Lohnfortzahlung bis zum 30. September und 10 000 Mark Abfindung erhalten.

